

Künstliche Intelligenz nutzen – Interessen und Grundrechte älterer Menschen schützen!

BAGSO-Stellungnahme zum Einsatz von KI

Einleitung

Das im März 2024 vom EU-Parlament verabschiedete Gesetz über Künstliche Intelligenz (KI)¹ veranlasst die BAGSO, aus ihrer Sicht wesentliche Aspekte in der Diskussion über die rasante Entwicklung KI-basierter Technologien auch in den verschiedenen Lebenswelten älterer Menschen hervorzuheben und konkrete Forderungen für deren Einsatz und Weiterentwicklung zu formulieren.²

KI beruht auf mathematischen Modellen und Algorithmen. Typischerweise wird KI mittels Daten trainiert („Trainingsdaten“). Die Auswahl dieser Daten spielt also eine entscheidende Rolle dabei, welche Muster und Regeln das System ableitet. Die Daten werden von Menschen ausgewählt und aufbereitet. Sie bilden in der Regel bestehende gesellschaftliche Strukturen, Zustände und Praktiken ab. Nutzerinnen und Nutzern sind sie fast nie bekannt oder durch sie erfassbar. Ein KI-System ist also nicht an und für sich „intelligent“, vielmehr spiegeln seine unterschiedlichen Ausprägungen und Anwendungen wider, was bestimmte Menschen über Situationen oder Personen denken und welche gesellschaftlichen Vorstellungen jeweils dazu bestehen. Das birgt die Gefahr der Vernachlässigung nicht bedachter Aspekte und der Diskriminierung nicht be-

1 Vgl. www.europarl.europa.eu.

Wenn nicht anders vermerkt, wurden alle Internetquellen am 23.04.2024 zuletzt abgerufen.

2 Die BAGSO hat bereits zuvor grundsätzliche Positionen zur digitalen und gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen formuliert, die sich in ihren Grundaussagen ebenso auf die Entwicklung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) anwenden lassen. Siehe BAGSO e.V. (2017): Ältere Menschen in der digitalen Welt. Positionspapier. Bonn. www.bagso.de; BAGSO e.V. (2020): Ältere Menschen und Digitalisierung. Stellungnahme der BAGSO zum Achten Altersbericht der Bundesregierung. Bonn. www.bagso.de.

rücksichtiger Personen(-gruppen): ältere Menschen, einsame Menschen, Menschen mit Behinderung u.v.m.³

Die Bedürfnisse älterer Menschen und ihre Grundrechte im Blick

Die BAGSO will mit der vorliegenden Stellungnahme aktiv die Interessen älterer Menschen in die Diskussion einbringen, die Wahrung ihrer Grundrechte beim Einsatz und der Weiterentwicklung von KI sichern und die anstehenden Transformationsprozesse wirksam begleiten.

Die eingangs erwähnte europäische KI-Verordnung („AI Act“) enthält als erste KI-Regulierung weltweit grundsätzliche Verpflichtungen für Unternehmen und soll für mehr Transparenz bei KI-gestützten oder -generierten Produkten sorgen.⁴

Die BAGSO will den Prozess auch auf nationaler Ebene kritisch begleiten und sicherstellen, dass die Rechte, Interessen und Lebenslagen älterer Menschen beim Einsatz von KI und deren Weiterentwicklung berücksichtigt werden.

Der Einsatz von KI für ein selbstständiges Leben im Alter

Aus Sicht der BAGSO sollten beim Einsatz von KI grundsätzlich immer die Menschen und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und -qualität im Vordergrund stehen. Dies muss im Besonderen auch für die Wahrung der Grundrechte älterer Menschen und die Stärkung ihrer gesellschaftlichen Teilhabe gelten.

In den Bereichen Wohnen, Mobilität und Gesundheit wurden und werden viele Produkte und Dienstleistungen mithilfe von KI entwickelt, die ältere Menschen bei der selbstständigen Lebensführung unterstützen können. So können sprachgesteuerte Anwendungen, sensorgestützte Heizungs-, Lüftungs-, Beleuchtungs- und Sicherheitsanlagen im Rahmen von Smart Home, Mäh- und Reinigungsroboter sowie Haustechnologien, die aus Erfahrungsdaten lernen, das alltägliche Leben im eigenen Wohnbereich erleichtern. Auch sprachgesteuerte Assistenzsysteme oder Kommunikationsmittel können insbesondere für Menschen mit kognitiven, sensorischen oder körperlichen Einschränkungen hilfreich sein. Ebenso werden durch KI medizinische Forschung und Diagnosen unterstützt. Telemedizin kann mithilfe von KI zur Sicherstellung der Versorgung und zur Patientensicherheit beitragen.

 3 Zum Begriff „Künstliche Intelligenz“ im Sinne des EU-Parlaments vgl. die Themenseite www.europarl.europa.eu/topics/de/topic/artificial-intelligence.

4 Die EU-weite Verordnung stuft KI-Anwendungen in vier Risikogruppen ein und reguliert sie entsprechend geringer oder stärker. Sie bezieht sich nicht auf Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Im Einzelnen siehe Fußnote 1.

Aufgrund der kontinuierlichen Weiterentwicklung von KI in nahezu allen Lebensbereichen ist ein Gesamtüberblick über die Zielsetzungen der Produktentwicklung, das Vorgehen im Entwicklungsprozess sowie die Wirkung auf die Nutzenden – auch auf ältere Menschen – kaum noch möglich.

Wie bei der Technikentwicklung allgemein können ältere Menschen auch mit Blick auf die Weiterentwicklung von KI – zum Beispiel im Gesundheitsbereich oder bei Assistenzsystemen – wichtige Kooperationspartner sein, und zwar im Hinblick auf neue Produktentwicklungen sowie deren Einsatz in Alltagskontexten.

Von dieser Expertise profitieren nicht nur die älteren Menschen selbst, sondern auch nachfolgende Generationen. Zudem können ältere Menschen wichtige Impulse mit Blick auf mögliche ethische Konflikte und deren Lösung geben – so zum Beispiel in Fragen des Verbraucherschutzes.

Im Rahmen des BAGSO-Projekts „KI für ein gutes Altern“⁵ werden Informationen über KI-Systeme in den Lebenswelten älterer Menschen aufbereitet und Lern- und Austauschangebote für Senioren-Internet-Initiativen und Seniorenorganisationen entwickelt. In Zukunft besteht weiterhin ein hoher Informations- und Aufklärungsbedarf sowohl über die Chancen als auch die Risiken von KI-Systemen

Grundlegende Forderungen für den Einsatz von KI für ältere Menschen

Die aus Sicht der BAGSO zentrale Fragestellung lautet, wie KI-Technologien ethisch, rechtlich, kulturell und institutionell so eingebettet werden müssen, dass gesellschaftliche Grundwerte und individuelle Grundrechte gewahrt bleiben.⁶

Daraus ergeben sich folgende **grundlegende Forderungen**:

- **Transparenter KI-Einsatz:** Zur transparenten Offenlegung des KI-Einsatzes sind klare Richtlinien und Maßnahmen erforderlich.
- **Datenschutz und Autonomie:** Der Schutz der Privatsphäre und Autonomie älterer Menschen bei der Datennutzung durch KI-Systeme muss gewährleistet sein.
- **Vermeidung von Altersdiskriminierung:** Um diskriminierende KI-Systeme zu identifizieren und ihren Einsatz zu verhindern, müssen wirksame Prüfmechanismen gesetzlich vorgeschrieben werden.
- **Abbau sozialer Ungleichheit:** Rahmenbedingungen für KI müssen so gestaltet werden, dass sie soziale Ungleichheiten nicht verstärken, sondern abbauen.

 5 www.bagso.de/projekte/ki-fuer-ein-gutes-altern

6 Vgl. auch die europäischen „Ethikleitlinien für vertrauenswürdige KI“ unter <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/ethics-guidelines-trustworthy-ai>.

- **Bedarfsgerechte Voraussetzungen:** Damit KI tatsächlich die Lebensqualität und Teilhabe aller älteren Menschen verbessert, sind klare Kriterien erforderlich.
- **Stärkung der Medienkompetenz:** Zur Förderung der Medienkompetenz älterer Menschen im Umgang mit KI-Systemen sind flächendeckend umfassende Maßnahmen zu ergreifen.
- **Einbeziehung der Interessen und Grundrechte:** Die Interessen und Grundrechte älterer Menschen müssen von Anfang an bei der Entwicklung von KI-Systemen berücksichtigt werden.
- **Regulierung und Intervention:** Es müssen geeignete Mechanismen geschaffen werden, um die Interessen älterer Menschen im Bereich KI wirksam zu vertreten und ihre Grundrechte zu schützen.

Die BAGSO will mit diesen Forderungen insbesondere folgende Ziele erreichen:

1. Mehr Transparenz, Datenschutz und Datensouveränität schaffen, um die Privatsphäre und Autonomie älterer Menschen zu schützen

Der Einsatz von KI-Systemen unterliegt nicht zuletzt wirtschaftlichen und politischen Interessen. In vielen Anwendungsbereichen werden Zielsetzungen, verantwortliche Akteure und der tatsächliche Einsatz von KI nicht konkret offengelegt.

Gute KI muss sich aber nicht verstecken. Um Fehlinformationen zu vermeiden und zugleich das Vertrauen in KI-Technologien zu erhöhen, muss die Transparenz bezüglich der Anwendung von KI dringend erhöht werden. Hierfür ist eine Kennzeichnungspflicht notwendig, beispielsweise in Form eines robusten Wasserzeichens oder Prüfsiegels, insbesondere bei Informationen, Berichten, Studien, Fotos, Filmen etc., die mittels KI erstellt wurden.

Grundsätzlich sollte eine Informationspflicht zu den verschiedenen KI-Einsatzmodellen bestehen, die leicht verständlich abgefasst ist – ganz besonders hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten. Dies betrifft beispielsweise im Sozial- und Gesundheitsbereich die Offenlegung, welche personenbezogenen Daten aufgenommen und mittels KI weiterverarbeitet werden. Bereits jetzt zeigt sich beim Einsatz digitaler Gesundheitsanwendungen, dass entsprechende Informationen nicht ausreichend vermittelt werden. Dies sollte bei der Zulassung von Digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGA) und Digitalen Pflegeanwen-

dungen (DiPA) durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) stärker geprüft werden. Auch beim Einsatz von Sprachassistenten sollte eine in verständlicher Sprache abgefasste und der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)⁷ entsprechende Informationspflicht darüber bestehen, zu welchem Zweck und in welcher Form persönliche Daten erhoben, weitergegeben und verarbeitet werden.

Grundsätzlich sollte geprüft werden, ob die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), das Europäische Daten-Governance-Gesetz⁸ und die Single Digital Gateway-Verordnung (SDG-VO)⁹ konsequent umgesetzt werden.

Auch bei der Entwicklung und dem Einsatz von KI in globalen Zusammenhängen und durch internationale Konzerne müssen wirtschaftliche Interessen transparent und mit gemeinwohlorientierten Zielen abgeglichen werden.

2. Ältere Menschen nicht durch Algorithmen diskriminieren

In verschiedenen Bereichen und Branchen werden KI-unterstützte Entscheidungssysteme eingesetzt, durch die ältere Menschen oftmals aus einem Leistungsbereich ausgeschlossen beziehungsweise schlechter-

gestellt werden. Solche diskriminierenden Verfahren kommen beispielsweise in der Versicherungsbranche oder bei Kreditvergaben vor. Wenn diese Systeme interessengeleitet durch vorgegebene Algorithmen zum Einsatz kommen, sind sie auf ihre Angemessenheit und Legitimität zu überprüfen und gegebenenfalls zu modifizieren oder abzuschaffen, wie es die BAGSO bereits in ihrer Stellungnahme zur Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes¹⁰ gefordert hat. Die angekündigte Reform muss dringend umgesetzt werden.

KI-gesteuerte Entscheidungssysteme müssen auch dahingehend überprüft werden, inwieweit sie (alters-)diskriminierend sind, indem sie (Alters-)Stereotype reproduzieren. Dies kann durch die Verwendung von Trainingsdaten ausschließlich jüngerer Altersgruppen geschehen, aber auch durch die Eingabe von konkreten beziehungsweise undifferenzierten Zuschreibungen hinsichtlich älterer Menschen.¹¹

Allein durch eine Selbstverpflichtung von Unternehmen ist dies nicht zu erreichen. Notwendig sind gesetzliche Regelungen auf nationaler und internationaler Ebene. Es muss überprüft werden, ob eine Erweiterung des Anwendungsbereiches des Allge-

 7 <https://dejure.org/gesetze/DSGVO>

8 <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/data-governance-act>

9 www.cio.bund.de/Webs/CIO/DE/digitale-loesungen/digitale-verwaltung/single-digital-gateway/single-digital-gateway-node.html

10 BAGSO e.V. (2022): Altersdiskriminierung wirksam entgegentreten. Stellungnahme. Bonn. www.bagso.de

11 So geht auch das WZB-Projekt „Ageism in AI: new forms of age discrimination and exclusion in the era of algorithms and artificial intelligence (AGEAI)“ von mehreren Ebenen der Altersdiskriminierung aus; vgl. www.wzb.eu.

meinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)¹² zur Verhinderung von Altersdiskriminierung beitragen kann, ebenso eine Erweiterung von Auskunfts- und Offenlegungspflichten von Betreibern von KI-Systemen, wie es auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes¹³ empfiehlt.

Ergänzend bedarf es Kontrollinstanzen, die mit den erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet werden, um zu überprüfen, ob bei der Erstellung, dem Einsatz und der Nutzung von KI-Systemen oder -Produkten soziale Ungleichheiten oder diskriminierende Tendenzen verstärkt werden. Auch Betroffene selbst müssen sich beim Verdacht der Diskriminierung an diese Instanzen wenden können.

Beim Einsatz von KI/Robotik in der Pflege gilt es zu verhindern, dass soziale Isolation verschärft und – im schlimmsten Fall – Menschen zu Objekten der Überwachung degradiert werden. Die BAGSO fordert, dass eine Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken dieser Technologien sowie ein gemeinsamer ethischer Diskurs vor einem potenziellen Einsatz zwingend erfolgen müssen.¹⁴

3. Soziale Ungleichheit und Exklusion abbauen

Insbesondere in den Bereichen Mobilität, bei Smart-Home- oder Assistenzsystemen zur Unterstützung des selbstständigen Wohnens, in der Telemedizin und einer qualitäts- und bedürfnisorientierten Pflege sowie in den sozialen Medien sollte evaluiert und überprüft werden, inwieweit KI-Systeme der Verbesserung der Lebensqualität aller älteren Menschen dienen, ob sie ihre Grundrechte wahren und nicht zu Exklusion führen.¹⁵

Auch unter den Älteren verfügen viele Menschen nicht über die erforderlichen finanziellen Mittel, um sich einen Internetanschluss oder digital-technische Geräte anzuschaffen und sie zu unterhalten, bzw. über die Kompetenzen, sie gegebenenfalls zu bedienen. Dies kann zur Exklusion aus wichtigen gesellschaftlichen Bereichen und Prozessen und von sozialer Teilhabe führen. Deshalb muss es für Menschen mit geringem Einkommen im Rahmen des SGB XII und weiterer sozialrechtlicher Hilfen eine grundlegende Förderung für eine digitale Ausstattung geben.¹⁶ Weiterhin ist zu prüfen, ob einzelne technische Geräte, die KI-Systeme nutzen, als Hilfsmittel anerkannt werden können, um eine direkte Abrechnung über Kranken- und Pflegekassen zu ermöglichen.



¹² www.gesetze-im-internet.de/agg

¹³ Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.) (2023): Automatisch benachteiligt. Rechtsgutachten. Berlin. www.antidiskriminierungsstelle.de.

¹⁴ Vgl. Deutscher Ethikrat (2023): Mensch und Maschine – Herausforderungen durch Künstliche Intelligenz. Stellungnahme. Berlin. www.ethikrat.org.

¹⁵ Außerdem ist unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit anzumerken, dass KI-Systeme einen hohen Energieverbrauch haben und somit negative Umweltfolgen haben können.

¹⁶ Vgl. Fußnote 2.

4. Bildungsangebote stärker ausbauen, um die kritische Medienkompetenz älterer Menschen zu erhöhen

Eine immer wieder geäußerte Befürchtung besteht bezüglich der Manipulierbarkeit von Informationen, deren Quellen und Validität nicht eindeutig nachweisbar sind. Dies betrifft verschiedene Medienformate, Kommunikationsmittel, aber auch sich immer stärker ausbreitende generative KI-Modelle, wie zum Beispiel große Sprachmodelle (Large Language Models, z. B. ChatGPT¹⁷). Die Überprüfung von Informationen setzt einen gewissen Reflexionsgrad und den Zugang zu verschiedenen Quellen voraus. Für eine kritische Auseinandersetzung mit den vorhandenen und geplanten Einsatzmöglichkeiten von KI ist neben einer guten Wissensbasis eine kritische Medienkompetenz von Bedeutung.

Um älteren Menschen individuell oder in Seniorenorganisationen, -initiativen und -gremien die Mitgestaltung und kritische Auseinandersetzung mit den Einsatzmöglichkeiten von KI-Systemen und deren Folgewirkungen zu ermöglichen, müssen Medienkompetenzen verstärkt flächendeckend, wohnortnah und alltagsrelevant gefördert werden. Hierzu können die Erkenntnisse des BAGSO-Projekts „KI für ein gutes Altern“¹⁸ sowie weiterer Angebote genutzt werden.

Dabei geht es sowohl um die Vermittlung von Wissen zu KI-Systemen und -Produkten, die einer verbesserten Teilhabe dienen können, als auch darum, ethische und diskriminierende Aspekte reflektieren und erkennen zu können.

Der Erwerb von Kompetenzen im Umgang mit KI-gestützten „Alltagshelfern“ stellt eine wesentliche Herausforderung für deren Nutzung dar. Oftmals bedarf es einer konkreten Anleitung und Begleitung, die längst nicht von allen Anbietern geleistet wird. Auch hier geht es oft nicht um die rein instrumentelle Anwendung, sondern um Verständnisvermittlung.

Es bedarf also einer erweiterten Bildungsoffensive, um das entsprechende Wissen verbreiten zu können und das Bewusstsein für eine aktive Nutzung KI-gestützter Systeme zu schaffen.



¹⁷ Hintergrundinformationen: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) (2024): Generative KI-Modelle. Bonn. www.bsi.bund.de.

¹⁸ Vgl. Fußnote 5.

5. Öffentliche, soziale und Bildungseinrichtungen für den Umgang mit KI befähigen und ausstatten

Fehlende einheitliche Standards, eine mangelnde digital-technische Ausstattung und Qualifizierung des Fachpersonals in öffentlichen Einrichtungen und bei sozialen Dienstleistern stellen weitere Probleme eines gemeinwohlorientierten Einsatzes von Digitalisierung allgemein und von KI im Besonderen dar.¹⁹

Hauptamtliche in verschiedenen Handlungsfeldern (Seniorenarbeit, Seniorenkulturarbeit, Seniorenbildung, Wohn- und Technikberatung, medizinisch-pflegerische Berufe, Engagementbereich) sind gefordert, sich in Aus-, Fort- und Weiterbildungen mit den Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes von KI auseinanderzusetzen. Hierzu müssen Fachhochschulen, Weiterbildungseinrichtungen, regionale Bildungsnetzwerke etc. Lernangebote entwickeln, damit die Inhalte den jeweiligen Zielgruppen adäquat vermittelt werden können.

6. Ältere Menschen und ihre Interessenvertretungen in Studien, Entwicklung und Forschung zu KI-Systemen und -Produkten einbeziehen

Ältere Menschen und ihre Interessenvertretungen sind bisher selten aktiv in die Entwicklung und Anwendung von KI-Systemen eingebunden worden. Daten über ältere Menschen, ihre Lebenslagen, Interessen und ihr KI-Nutzungsverhalten stehen der

Forschung und Entwicklung kaum zur Verfügung oder werden nicht in ausreichendem Maße erhoben. Diese Lücke muss konsequent geschlossen werden.

Aus Sicht der BAGSO müssen die Zwecke und Einsatzmöglichkeiten von KI für ältere Menschen in den sie betreffenden Bereichen erkennbar sein.

Gemeinwohlorientierte Projekte im Bereich KI werden in Deutschland beispielsweise durch die Initiative Civic Coding²⁰ der Bundesregierung gefördert. Ältere Menschen sind in diesem Netzwerk jedoch deutlich unterrepräsentiert. Dabei ist gerade bei Beratungsangeboten oder auch für die Unterstützung von Engagement und gemeinwohlorientierten Initiativen der Einsatz von KI vorstellbar.

Die Einbeziehung älterer Menschen in die Entwicklung beziehungsweise Entwicklerteams sowie die Auswertung solcher Projekte in Zusammenarbeit mit Älteren oder Seniorenvertretungen und -organisationen können zu einer veränderten Perspektive und stärkeren Berücksichtigung der Bedarfe älterer Menschen und zur Wahrung ihrer Grundrechte im Bereich der KI-Systeme beitragen.

¹⁹ Hierauf verweist auch eine Stellungnahme des Deutschen Caritasverband e.V. (2024): Digitale Zukunft gestalten: Mehr Teilhabe für alle. Berlin. www.caritas.de.

²⁰ www.civic-coding.de



Fazit

Die BAGSO wird die Entwicklungen im Bereich Künstliche Intelligenz aktiv weiterverfolgen, um die Interessen älterer Menschen in diesem zukunftsrelevanten Bereich zu vertreten. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass KI-Technologien ethisch, rechtlich und gesellschaftlich verantwortungsvoll eingesetzt und individuelle Grundrechte gewahrt werden. Unser Engagement für Transparenz, Datenschutz, Nichtdiskriminierung und die Förderung von Medienkompetenz bleibt bestehen. Die BAGSO ruft dazu auf, die Einbeziehung älterer Menschen in die Entwicklung und Anwendung von KI-Systemen zu verstärken, um eine umfassende Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse sicherzustellen, ihre Grundrechte zu wahren und ihre Teilhabe an der digitalen Gesellschaft zu fördern.

Diese Stellungnahme wurde im Mai 2024 vom Vorstand der BAGSO verabschiedet.

Die BAGSO – Stimme der Älteren

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In der BAGSO sind mehr als 120 Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, die von älteren Menschen getragen werden oder die sich für die Belange Älterer engagieren.

Die BAGSO fördert ein differenziertes Bild vom Alter, das die vielfältigen Chancen eines längeren Lebens ebenso einschließt wie

Zeiten der Verletzlichkeit und Hilfe- bzw. Pflegebedürftigkeit. Gegenüber Politik, Gesellschaft und Wirtschaft tritt sie für Rahmenbedingungen ein, die ein gutes und würdevolles Leben im Alter ermöglichen – in Deutschland, in Europa und weltweit.

In Positionspapieren und Stellungnahmen gibt die BAGSO Anstöße und Empfehlungen für politisches Handeln in Bund, Ländern und Kommunen. Die BAGSO veröffentlicht eine Vielzahl von Publikationen zu unterschiedlichen Themen, die kostenfrei zu bestellen sind oder auf der BAGSO-Internetseite heruntergeladen werden können.



Herausgeber

BAGSO
Bundesarbeitsgemeinschaft
der Seniorenorganisationen e. V.

Noeggerathstr. 49
53111 Bonn
Telefon 0228 / 24 99 93-0
Fax 0228 / 24 99 93-20
kontakt@bagso.de

www.bagso.de
facebook.com/bagso.de
twitter.com/bagso_de

